

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

politisches

Kalenderblatt

Pressedienst für zeitgeschichtliche Jahrestage

Dezember 94

01.12.1989

Vor 5 Jahren: Ende des SED-Machtmonopols

09.12.1991

Vor 3 Jahren: Der Gipfel von Maastricht

10.12.1974

Vor 20 Jahren: EG-Gipfel in Paris

12.12.1979

Vor 15 Jahren: Die NATO faßt den „Doppelbeschluß“

18.12.1989

Vor 5 Jahren: Kohl dankt Ungarn

19.12.1989

Vor 5 Jahren: Der Durchbruch von Dresden

22.12.1989

Vor 5 Jahren: Öffnung des Brandenburger Tores

25.12.1991

Vor 3 Jahren: Gorbatschow tritt zurück: Das Ende der Sowjetunion

31.12.1954

Vor 40 Jahren: Jahresrückblick 1954

Ende des SED-Machtmonopols

Am 1. Dezember 1989 - heute vor fünf Jahren - streicht die Volkskammer den in der Verfassung der DDR niedergelegten Führungsanspruch der "Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (SED). Dieses Machtmonopol der kommunistischen Einheitspartei, das allen Grundsätzen des politischen Pluralismus und des demokratischen Wettstreits Hohn spricht, ist 1968 eigens in der Verfassung verankert worden - obwohl auch zuvor schon klar war, daß außer der allmächtigen und diktatorisch regierenden SED niemand in der DDR politisch etwas zu sagen hatte. Die Entscheidung vom 1. Dezember 1989 hat zudem vorwiegend deklaratorischen und symbolischen Charakter; denn noch immer ist es die alte, SED-beherrschte und aus Scheinwahlen hervorgegangene Volkskammer, die dieses beschließt. Das seit Mitte November als Ministerpräsident amtierende Mitglied des SED-Politbüros, Hans Modrow, kann sich für seine Regierung auf keinerlei demokratische Legitimation berufen. Aber angesichts der Massendemonstrationen und der anhaltenden Forderung nach durchgreifenden Reformen sieht sich die SED zumindest zu schrittweisen Zugeständnissen gezwungen. Und in den folgenden Tagen kommt es für die seit 40 Jahren herrschende Staatspartei noch dicker: in der Volkskammer und in der Öffentlichkeit gibt es erregte Diskussionen, nachdem erstmals in Umrissen das ganze Ausmaß von Amtsmißbrauch, Korruption und persönlicher Bereicherung der bisherigen Partei- und Staatsführung offenbar geworden ist. Am 3. Dezember tritt der erst seit Mitte Oktober amtierende Honecker-Nachfolger Egon Krenz als SED-Generalsekretär zurück; seinem Schritt schließen sich das gesamte Politbüro und das ZK der SED an. Honecker wird unter Hausarrest gestellt, Mittag und Tisch werden verhaftet; SED-Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski setzt sich nach West-Berlin ab. Am 6. tritt Krenz auch als Vorsitzender des Staatsrats und des Nationalen Verteidigungsrats zurück; in der Nacht vom 8. zum 9. Dezember wird der Rechtsanwalt Gregor Gysi von einem Sonderparteitag der SED zum neuen Vorsitzenden gewählt. Nach einwöchiger Vertagung wird der Parteitag am 16. und 17. Dezember fortgesetzt; nach längeren Debatten können sich die anwesenden Mitglieder noch nicht auf einen neuen Parteinamen und ein neues Programm einigen. Schließlich wird beschlossen, zunächst von einer Änderung des Parteinamens abzusehen und wie bisher als SED, aber mit dem Zusatz "Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)" in die Auseinandersetzungen der kommenden Wochen und Monate zu gehen. In einem vorläufigen Parteistatut bezeichnet die SED-PDS sich selbst als "marxistische sozialistische Partei", die für einen "demokratischen Sozialismus in der DDR" eintrete; der Wiedervereinigung Deutschlands, die zu diesem Zeitpunkt bereits auf Massendemonstrationen in vielen Städten der DDR gefordert wird, erteilt der Parteitag eine eindeutige Absage.

Der Gipfel von Maastricht

Am 9. Dezember 1991 - heute vor drei Jahren - beginnt im holländischen Maastricht ein dreitägiger Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EG. Als sie am 11. Dezember wieder auseinandergehen, haben sie die Weichen für die bedeutendste Fortentwicklung der europäischen Einigung seit den Römischen Verträgen 35 Jahre zuvor beschlossen.

Durch "Maastricht" wird der Weg zur Europäischen Union unumkehrbar gemacht. "Die Mitgliedstaaten der EG sind jetzt für die Zukunft in einer Weise miteinander verbunden, die ein Ausbrechen oder einen Rückfall in früheres nationalstaatliches Denken mit all seinen schlimmen Konsequenzen unmöglich macht", erklärt Bundeskanzler Helmut Kohl im Anschluß an den Gipfel vor dem Deutschen Bundestag. Kernstücke der Maastrichter Vereinbarungen sind die Verträge über eine Wirtschafts- und Währungsunion mit gemeinsamer europäischer Währung und über die Politische Union; wichtige Fortschritte betreffen die Schaffung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die Stärkung des Europäischen Parlaments, die Einführung einer Unionsbürgerschaft und ein gemeinschaftliches Vorgehen in der Innen-, Sicherheits-, Justiz- und Asylpolitik.

Nicht in allen Bereichen bringt Maastricht jenes Maß an Gemeinschaftskompetenzen, das von deutscher Seite angestrebt worden ist; in einer Reihe von Punkten war Deutschland durchaus bereit, auf dem Weg zur Politischen Union noch weiter zu gehen. Aber daß es überhaupt gelingt, die Einigung Europas unwiderruflich einen bedeutenden Schritt voranzubringen, ist ein weiteres Mal dem engen Zusammenwirken Frankreichs und Deutschlands zu verdanken. Gut ein Jahr nach der staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands, die bei einigen Nachbarn trotz aller Zustimmung durchaus auch mit Befürchtungen und Besorgnissen registriert worden ist, hat Bonn unzweideutig unter Beweis gestellt, daß auch das geeinte und größere Deutschland weiterhin am Ziel der europäischen Integration festhält.

Bundeskanzler Kohl hat mit guten Gründen im Vorfeld von Maastricht landauf landab verkündet, daß für ihn "die deutsche Einheit und die europäische Einigung zwei Seiten ein und derselben Medaille" sind. Tatsächlich lassen sich die Wurzeln für den Vertrag von Maastricht zurückverfolgen bis in den Sommer vor der deutschen Wiedervereinigung. Bereits im Frühjahr 1990 hat Kanzler Kohl Frankreichs Staatspräsident Mitterrand für eine gemeinsame Initiative gewonnen, die anderthalb Jahre später in den Gipfel von Maastricht mündet. Kohls Vorstoß verbindet beide Ziele miteinander; denn im gleichen Maße, wie Bonn eine Vorreiterrolle in Sachen europäische Integration übernimmt, verflüchtigen sich Befürchtungen bei den Nachbarn, die Deutschen könnten nach der Wiedervereinigung das Interesse an Europa verlieren. Seit dem 1. November 1993 ist der Vertrag von Maastricht nach teilweise langwierigen Ratifizierungsverfahren für alle Mitgliedstaaten in Kraft; seit diesem Zeitpunkt ist die Europäische Gemeinschaft zur Europäischen Union (EU) geworden.

EG-Gipfel in Paris

Am 10. Dezember 1974 - heute vor 20 Jahren - geht in Paris ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Länder zu Ende. Dabei beschließen sie, künftig "dreimal jährlich und so oft wie nötig mit den Außenministern als Rat der Gemeinschaft" zusammenzutreten. Auf diese Weise wird der europäische "Gipfel", der in den EG-Verträgen ursprünglich gar nicht vorgesehen war, als höchstes und wichtigstes Entscheidungsgremium der Gemeinschaft institutionalisiert. Von jetzt an sind die generelle Abstimmung über den Kurs der europäischen Zusammenarbeit, die inneren und äußeren Probleme Europas "als Ganzes" sowie die internationale Lage grundsätzlich "Chefsache". Die Etablierung des "Europäischen Rats" (ER) als ständige Einrichtung entspricht ganz dem Geschmack des neuen deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt (SPD), der sich auch öffentlich gern abfällig über die Beamten in Brüssel äußert und statt dessen das direkte Gespräch mit den anderen Staatslenkern bevorzugt; seine enge Kooperation mit dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing gilt ihm hierbei als beispielhaft. Die bereits seit 1970 zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten in lockerer Form praktizierte Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) auf dem Feld der Außenpolitik wird somit neben der auf den Römischen Verträgen basierenden Gemeinschaftspolitik allmählich zur zweiten Säule der europäischen Integration.

Noch in einem weiteren Punkt bringt der Pariser Gipfel vom Dezember 1974 einen wichtigen Fortschritt: Die Staats- und Regierungschefs beschließen, die schon in den Römischen Verträgen vorgesehenen Direktwahlen zum Europäischen Parlament nunmehr für 1978 erstmals vorzusehen und das Parlament mit erweiterten Befugnissen auszustatten. Gegen teils hinhaltende, teils massive Widerstände in einigen Ländern kommt es - wenngleich mit einem Jahr Verspätung - im Juni 1979 tatsächlich zu den ersten europäischen Direktwahlen. Ein leidiges Thema sind indes bis heute die Kompetenzen des Straßburger Parlaments; die Frage nach der Zukunft Europas bleibt vorerst vor allem eine Frage an die Regierungen - und an ihre Fähigkeit, durch wechselseitigen Interessenausgleich zum Konsens zu finden.

Insofern weist die Entscheidung von Paris heute vor 20 Jahren zweifellos in die richtige Richtung. Eine präzise Festlegung seiner Rolle erfährt der "Europäische Rat" jedoch erst in der "Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union", die im Juni 1983 in Stuttgart unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) verabschiedet wird, und durch die "Einheitliche Europäische Akte" von 1986. Es steht außer Frage, daß der institutionalisierte "Gipfel" derzeit das wichtigste Gremium für die weitere Integration Europas ist. Der Vorsitz im Rat wechselt turnusgemäß alle sechs Monate unter den Mitgliedstaaten; bis zum Ende dieses Jahres liegt er bei Bundeskanzler Kohl.

Die NATO faßt den "Doppelbeschluß"

Am 12. Dezember 1979 - heute vor 15 Jahren - verständigt sich die westliche Allianz in Brüssel offiziell und verbindlich auf den "NATO-Doppelbeschluß". Damit beginnt zwischen Moskau und den westlichen Hauptstädten ein jahrelanger Wettstreit um die Köpfe und Herzen der Menschen in Westeuropa, den die Sowjetunion am Ende verliert - mit weitreichenden Konsequenzen für die politische Geographie des alten Kontinents. Schon heute gilt vielen Zeitgeschichtlern das Festhalten des Westens am NATO-Doppelbeschluß als einer der entscheidenden Faktoren für die Epochenwende von 1989/90 - und damit indirekt auch für die Wiedervereinigung Deutschlands, die staatliche Auflösung der Sowjetunion und die historische Niederlage des Kommunismus.

Das alles liegt im Dezember 1979 noch in weiter Ferne. Damals sieht sich die NATO vor allem einem Dilemma ausgesetzt. Die forcierte und einseitige Aufrüstung der Sowjetunion mit SS-20-Raketen bedroht das ohnehin labile "eurostrategische" Gleichgewicht. Mögliche und wahrscheinliche Folge: die demokratischen Länder Westeuropas werden politisch erpreßbar und zunehmend handlungsunfähig; Moskau könnte ohne einen einzigen Schuß Westeuropa politisch gefügig machen, den Zusammenhalt der NATO sprengen und so den Sieg im "Kalten Krieg" erringen.

Es ist der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, der als erster öffentlich auf diese Zusammenhänge aufmerksam gemacht und westliche Gegenmaßnahmen angemahnt hat. In der NATO und im eigenen Land gilt er daher alsbald als "Vater" des Doppelbeschlusses. Dieser sieht Verhandlungen mit der Sowjetunion mit dem Ziel vor, Moskau zur Rücknahme seiner einseitigen Vorrüstung zu bewegen; bleiben diese Bemühungen ohne Erfolg, so wird die NATO ihrerseits durch die Stationierung eigener Mittelstreckenwaffen "nachrüsten". Das Dilemma besteht darin, daß sich die westlichen Staats- und Regierungschefs schon im Dezember 1979 nur allzu sehr der Tatsache bewußt sind, daß Moskau mit seiner gesamten Propagandamaschinerie und mit allen Mitteln der psychologisch-politischen Beeinflussung gegen eine mögliche westliche Nachrüstung Front machen wird.

In der Bundesrepublik, wo der innenpolitische Streit um die Nachrüstung besonders heftig tobt, trägt dieses Thema maßgeblich zum Scheitern der SPD/FDP-Koalition und zum Sturz von Helmut Schmidt im Herbst 1982 bei. Die neue Bundesregierung Kohl/Genscher aus CDU/CSU und FDP setzt in der Folge den "Doppelbeschluß" gemeinsam mit den westlichen Verbündeten gegen alle Widerstände und gegen alle Lockungen und Drohungen aus Moskau durch; ihre Standhaftigkeit wird schließlich im Dezember 1987 durch den INF-Vertrag über die vollständige beiderseitige Vernichtung der nuklearen Mittelstreckenwaffen belohnt - ein Meilenstein der Abrüstungspolitik, der zudem zu einem Ausgangspunkt des "neuen Denkens" in Moskau wird und der Reformpolitik im damaligen Ostblock zum Durchbruch verhilft.

Kohl dankt Ungarn

Am 18. Dezember 1989 - heute vor fünf Jahren - hält Bundeskanzler Helmut Kohl eine Rede vor der Ungarischen Nationalversammlung in Budapest. Es ist der protokollarische und politische Höhepunkt einer Blitzreise, zu der sich der Kanzler trotz zahlreicher Verpflichtungen und der sich überschlagenden Ereignisse in Deutschland die Zeit genommen hat.

Denn in Ungarn gilt es gleich in mehrfacher Hinsicht, Dank abzustatten: Ungarn hat mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs im Mai und mit der Erlaubnis zur Ausreise von Tausenden von Deutschen aus der DDR im September entscheidende Impulse für den Weg der Umgestaltung und der Öffnung im Herzen Europas gegeben. Es ist die noble und mutige Haltung Ungarns gegenüber den Flüchtlingen aus der DDR gewesen, die im Sommer 1989 aller Welt die Brüchigkeit und Hilflosigkeit des überlebten Zwangsregimes der SED vor Augen geführt hat.

Die Abgeordneten der Nationalversammlung am Ufer der Donau werden vom deutschen Bundeskanzler ausdrücklich ermutigt, auf dem Weg der Reformen weiterzugehen. Die Deutschen würden nicht vergessen, daß die Ungarn einen entscheidenden Anstoß für die Umwälzungen in Europa gegeben hätten: "Ich danke Ihnen herzlich, Ihnen und allen Bürgerinnen und Bürgern Ungarns, für das, was Sie für uns Deutsche in diesem Jahr getan haben. Ich danke Ihnen auch mit der feierlichen Zusage, daß Deutsche und Ungarn auch in Zukunft in einem immer enger zusammenwachsenden Europa den Weg gemeinsam gehen werden."

Schon zuvor, bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Loránd-Eötvös-Universität, hat Kohl im Blick auf die Grenzöffnung im September jenen Satz gesprochen, der den Beginn der Epochenwende von 1989/90 auf den Punkt bringt: "Ungarn hat damals den ersten Stein aus der Mauer geschlagen." In der Aula der Universität wird es still, als der Bundeskanzler von seinem Manuskript abweicht und sich direkt an die anwesenden Studenten wendet. Zum Ende eines Jahrhunderts, welches gerade in Europa so viel Elend und Leid gesehen habe, erinnert er an den "Traum von Europa", den er selbst in den fünfziger Jahren als Student geträumt habe. Jetzt, nach dem Umbruch in ganz Mittel- und Osteuropa, sei es an der Zeit, Ideologien und Grenzen zu überwinden und mit Vernunft und Augenmaß die Chancen für eine neue, gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa zu nutzen: "Wer jetzt hier studiert und zwanzig Jahre alt ist, hat noch einen weiten Weg vor sich. Sein Leben wird ihn weit hineinführen ins 21. Jahrhundert . . . Sie haben eine Chance, wie sie in Jahrhunderten keine Generation in Europa hatte" - einer Generation anzugehören, die "in ihrem Leben keinen Krieg mehr erlebt. Wann je konnte man das Zwanzigjährigen in Europa sagen?"

Der Durchbruch von Dresden

Am 19. Dezember 1989 - heute vor fünf Jahren - spricht Bundeskanzler Helmut Kohl auf einer Kundgebung vor der Frauenkirche in Dresden zu Zehntausenden von Deutschen aus der DDR. Schon der morgendliche Empfang am Flughafen und die Fahrt zum Hotel - vorbei an Tausenden von Menschen, die sich spontan an den Straßen und auf dem Platz vor dem Hotel versammelt haben - sind überwältigend.

Nach den politischen Gesprächen mit der demokratisch nicht legitimierten Regierung der DDR unter Ministerpräsident Modrow (SED-PDS) und nach der gemeinsamen Absichtserklärung, Verhandlungen über eine "Vertragsgemeinschaft" aufzunehmen, kommt der eigentliche Höhepunkt der Dresden-Reise, die abendliche Rede vor der Frauenkirche. Inmitten von Rufen "Deutschland, Deutschland" und "Wir sind ein Volk" mahnt der Bundeskanzler zunächst zu Besonnenheit und Augenmaß. Journalisten aus der ganzen Welt sind präsent, und in den Hauptstädten in Ost und West wird jedes Wort auf die Goldwaage gelegt werden. Die Gratwanderung gelingt: Kohl trifft die Erwartungen der Menschen, ohne die Regierenden in Moskau oder anderswo zu provozieren.

Neben der gebotenen Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeiten der Partner und Verbündeten gibt es angesichts eines schwarz-rot-goldenen Fahnenmeers und einer Vielzahl unzweideutiger Plakate ("Wiedervereinigung, Herr Modrow", "Deutschland, einig Vaterland") allerdings für die Menschen in der DDR auch ganz klare Worte und Absichtserklärungen. Kohl ruft der Menge zu: "Mein Ziel bleibt - wenn die geschichtliche Stunde es zuläßt - die Einheit unserer Nation. Liebe Freunde, ich weiß, daß wir dieses Ziel erreichen können und daß diese Stunde kommt, wenn wir gemeinsam dafür arbeiten - und wenn wir es mit Vernunft und mit Augenmaß tun, mit Sinn für das Mögliche." Auch in Dresden betont der Kanzler die Notwendigkeit, den deutschen Einigungsprozeß in den Rahmen der europäischen und der Ost-West-Beziehungen einzubetten und "die Sicherheitsbedürfnisse der anderen nicht außer acht zu lassen". Er endet - nach einem Dank für Gorbatschow und für die Reformer in Polen und in Ungarn - mit dem Satz: "Gott segne unser deutsches Vaterland!"

Enge Mitarbeiter bemerken schon in Dresden, daß der Bundeskanzler von dem dortigen Empfang durch die Menschen tief beeindruckt ist. Später wird er selbst wiederholt darlegen, wie sehr ihn die Szene vor der Ruine der Frauenkirche bewegt hat. Dresden, das ist für ihn der "emotionale Durchbruch". Hier wird ihm endgültig klar, daß die SED/PDS-Regierung keine Chance mehr hat, das Vertrauen der Menschen für Reformversuche innerhalb der DDR zurückzugewinnen. Seit dieser Stunde ist Kohl davon überzeugt, daß die Menschen in der DDR tatsächlich die Wiedervereinigung wollen und daß es eine realistische Chance gibt, sie in Frieden und Freiheit zu verwirklichen.

Öffnung des Brandenburger Tores

Am Nachmittag des 22. Dezember 1989 - heute vor fünf Jahren - wird das Brandenburger Tor im Herzen Berlins wieder für Fußgänger geöffnet. Dem feierlichen Akt am Fuße des Wahrzeichens der bislang geteilten Stadt wohnen neben Bundeskanzler Helmut Kohl und DDR-Ministerpräsident Hans Modrow auch die Bürgermeister von West-Berlin und Ost-Berlin, Momper und Krack, bei. Die Öffnung des Brandenburger Tors hat Kohl erst drei Tage zuvor bei seinem Besuch in Dresden mit Modrow verabredet. Auch der strömende Regen kann Tausende von Berlinern nicht davon abhalten, abermals mit einem Volksfest die wiedergewonnene Einheit ihrer Stadt zu feiern. Nicht minder wichtig sind die weiteren Verabredungen zwischen Kohl und Modrow in Dresden: Bereits zum 24. Dezember treten im innerdeutschen Reiseverkehr die Visafreiheit und der Verzicht auf den bisherigen Mindestumtausch in Kraft, und möglichst noch vor Weihnachten sollen alle politischen Gefangenen in der DDR in die Freiheit entlassen werden.

Über die Weihnachtstage kommt es so zu zahllosen Begegnungen über die innerdeutsche Grenze hinweg; Millionen sind während der Feiertage in beiden Richtungen unterwegs. In der Silvesternacht feiern Hunderttausende von Berlinern aus beiden Teilen der Stadt und Gäste aus vielen Ländern gemeinsam auf den Straßen rund um das Brandenburger Tor - und wieder verbreitet das Fernsehen die Bilder von der friedlichen Wiedervereinigungsfeier der Menschen in die ganze Welt.

Wie oft haben in den vergangenen Jahrzehnten Bonner und Berliner Politiker mit auswärtigen Besuchern vor dem Brandenburger Tor gestanden und darüber nachgedacht, ob es zu ihren Lebzeiten noch einmal die Möglichkeit geben würde, ungehindert von Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl durch dieses Tor zu gehen? Der Bundeskanzler erinnert in seiner kurzen Ansprache bei der symbolträchtigen Zeremonie heute vor fünf Jahren an solche Erinnerungen und ruft den "Freunden" und "Partnern und Nachbarn in Ost und West" zu: "Von diesem Platz aus geht die Botschaft aus der DDR und aus der Bundesrepublik Deutschland: Wir wollen Frieden, wir wollen Freiheit, wir wollen unseren Beitrag zum Frieden in Europa und in der Welt leisten." - Und er fügt hinzu: "Für mich ist das eine der glücklichsten Stunden meines Lebens."

Gorbatschow tritt zurück: Das Ende der Sowjetunion

Am 25. Dezember 1991 - heute vor drei Jahren - tritt Michail Gorbatschow von seinem Amt als Staatspräsident der Sowjetunion zurück. Man kann darüber streiten, ob es die UdSSR zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch gibt - es ist wenig mehr von ihr übrig geblieben als eben Gorbatschow selbst und die rote Fahne über dem Kreml in Moskau. Diese wird mit Gorbatschows Rücktritt ebenfalls eingeholt; von nun an weht wieder die alte russische Fahne über dem früheren Regierungssitz der Zaren.

Dies ist das vorläufige Ende einer atemberaubenden Entwicklung; fast lautlos ist binnen weniger Wochen ein Weltreich von der Landkarte verschwunden. 74 Jahre nach der Oktoberrevolution geht das Zentrum des Weltkommunismus politisch und wirtschaftlich in Konkurs und macht Platz für die neue "Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" (GUS), in der der russische Präsident Boris Jelzin politisch das meiste Gewicht hat. Für den demokratischen Westen unter Führung der nunmehr einzigen "Supermacht" USA könnte der Sieg im Wettkampf der Systeme eigentlich nicht vollständiger, strahlender - und vor allem friedlicher ! - sein; doch paradoxerweise will nirgends im Westen so rechte Freude über das Hinscheiden der UdSSR aufkommen, die der damalige US-Präsident Ronald Reagan noch wenige Jahre zuvor öffentlich als das "Reich des Bösen" charakterisiert hat. Ursache des westlichen Unbehagens ist vor allem die Ungewißheit darüber, welchen Kurs Rußland und die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion mittel- und langfristig einschlagen werden. Denn schon Ende 1991 ist unverkennbar, daß von der ehemaligen Sowjetunion noch für lange Zeit politische und wirtschaftliche Instabilität ausgehen wird.

Mit Gorbatschow tritt ein Mann von der internationalen Bühne ab, dessen Name für immer mit der weltgeschichtlichen Epochenwende von 1989/90 verbunden bleiben wird; seine Bereitschaft, den friedlichen Wandel in ganz Mittel-, Ost- und Südosteuropa zuzulassen, wird ihm für alle Zeiten einen Platz in den Geschichtsbüchern sichern. Insbesondere die Deutschen haben diesem letzten Präsidenten der Sowjetunion sehr viel zu verdanken.

Natürlich gehört die friedliche Wiedervereinigung der Deutschen zu den Faktoren, die das Ende der UdSSR entscheidend mit herbeigeführt und beschleunigt haben. Auf der anderen Seite bleibt festzuhalten, daß auch niemand mehr für die Stabilisierung Gorbatschows und seines wankenden Riesenreichs getan hat als die Deutschen. Das gilt nicht nur im Blick auf die große Spendenbereitschaft zugunsten der sowjetischen Bevölkerung in den Wintern 1989/90 und 1990/91 (Kleidung, Nahrungsmittel, Medikamente und Geld), sondern mindestens ebenso sehr hinsichtlich der direkten und indirekten staatlichen Finanztransfers; Bonn steht bis heute mit deutlichem Abstand an erster Stelle jener Länder, die der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten Hilfe und Unterstützung gewährt haben.

Jahresrückblick 1954

Am 31. Dezember 1954 geht ein Jahr zu Ende, das im Bewußtsein der Menschen in Westdeutschland den Durchbruch beim wirtschaftlichen Wiederaufbau aus den Trümmern der unmittelbaren Nachkriegszeit markiert. In allen Bereichen - im Wohnungsbau, in der Industrie, in der Versorgung der Haushalte mit Radio- und Fernsehgeräten und Kühlschränken, bei der steil anziehenden Motorisierung und sogar auf dem Sektor Freizeit und Urlaub - geht es 1954 deutlich bergauf. Zunächst im Ausland, dann auch daheim macht das Wort vom "Wirtschaftswunder" die Runde. Die Ergebnisse der "Sozialen Marktwirtschaft" sprechen für sich, und ihr "Erfinder" und unaufhörlicher Propagandist, der allzeit Optimismus ausstrahlende und Zigarren rauchende Wirtschaftsminister Prof. Ludwig Erhard (CDU), wird zum vielleicht populärsten Politiker der jungen Bundesrepublik Deutschland.

Nach Not und Elend von Kriegs- und Nachkriegszeit genießen die Menschen den neu erarbeiteten Wohlstand, und auch wenn Kritiker vor "reinem Materialismus" und bloßem "Konsumdenken" warnen, so hat das "Wirtschaftswunder" doch auch eine eminent politische Bedeutung: Der wirtschaftliche Erfolg und der Massenwohlstand, der schon bald die Vorkriegsverhältnisse deutlich übertrifft, ist für die Menschen nach den Jahren der Nazi-Herrschaft auch ein wichtiges Argument für die Annahme eines demokratischen Staates nach westlichem Vorbild, wenn auch keineswegs das einzige.

Aber das "größte" Ereignis des Jahres 1954 hat gar nichts mit Politik und Wirtschaft, sondern allein mit "König Fußball" zu tun: Der Gewinn der Fußballweltmeisterschaft im Juli durch das legendäre 3:2 gegen die hochfavorisierten Ungarn im Berner Wankdorf-Stadion ist für die Bundesbürger das Ereignis des Jahres. Dahinter verblaßt sogar die fulminante Rückkehr von Mercedes-Benz auf die internationalen Rennstrecken, die 1954 auf Anhieb mit dem Sieg des Mercedes-Piloten Juan Manuel Fangio in der Formel 1 zu Ende geht.

Auch auf internationalem Parkett ist 1954 ein Jahr des Durchbruchs: Die Bundesrepublik ist durch die Pariser Verträge, die ihr im folgenden Frühsommer die Souveränität und die gleichberechtigte Mitgliedschaft in der NATO bringen werden, politisch "erwachsen" geworden. Die von Bundeskanzler Konrad Adenauer seit 1949 mit Energie und Zähigkeit verfolgte Politik der Westbindung, welche die ebenbürtige Partnerschaft Westdeutschlands im Kreis der westlichen Demokratien anstrebte, hat ihr Ziel erreicht.

In der DDR hat SED-Chef Walter Ulbricht im Jahr nach dem gescheiterten Volksaufstand des 17. Juni 1953 seine Machtposition noch weiter festigen können. Angesichts von Unfreiheit und wirtschaftlicher Not geht auch 1954 die "Abstimmung mit den Füßen" weiter: durchschnittlich 500 Menschen kehren der DDR Tag für Tag den Rücken; bis zum 31. Dezember klettert die Zahl der Übersiedler nach Westdeutschland auf 184.198 Personen.

Es wird noch genau 35 Jahre dauern, bis die ganze Welt Zeuge des unvergeßlichen Silvesterabends sein kann, der heute vor fünf Jahren das Jahr der deutschen Wiedervereinigung einläutet.